

Gemeinsame Erklärung

Personaluntergrenzen: Spahn soll intervenieren

» Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) fordert in einer gemeinsamen Erklärung zusammen mit dem Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft (DGP), Organisationen der Patientenvertretung (BAGP, DAG SHG, BAG Selbsthilfe, SoVD, vdk, ISL) sowie der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (verdi) eine Verbesserung der Versorgungssituation im Krankenhausbereich. Das Bündnis

warnet vor einer Verabschiedung der Pflegepersonaluntergrenzen, wie sie derzeit vorgesehen sind. „Die vom GKV-Spitzenverband und der Deutschen Krankenhausgesellschaft geplanten Pflegepersonaluntergrenzen dürfen in ihrem sich jetzt abzeichnenden Verhandlungsergebnis nicht verabschiedet werden“, mahnt DPR-Präsident Franz Wagner.

Der DPR fordert Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eindringlich auf, zu intervenieren und die Verhand-

lungspartner auf den richtigen Kurs zu bringen. In der gemeinsamen Erklärung heißt es zum derzeitigen Verhandlungsstand deutlich: Aufgrund des geplanten Vorgehens „von DKG und GKV-SV ist davon auszugehen, dass das Ziel der Bundesregierung, Patientensicherheit in den Krankenhäusern zu gewährleisten oder zumindest deutlich zu verbessern, mit der Vereinbarung nicht erreicht werden kann“.

www.deutscher-pflegerat.de

91. Gesundheitsministerkonferenz

Verbesserte Patientenorientierung und mehr Eigenverantwortung

» Auf der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) Ende Juni berieten die Minister im Beisein von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, wie die patientenorientierten Versorgung verbessert werden kann. Den Vorsitz hatte in diesem Jahr Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann.

Schwerpunkte des beschlossenen Maßnahmenbündels liegen in der Fortentwicklung der Patientenrechte und der transparenten Patienteninformation, der Barrierefreiheit im Gesundheitswesen sowie der Patientensicherheit – insbesondere im ambulan-

ten Bereich. Die Teilnehmenden sprachen sich unter anderem für die Stärkung der Gesundheitskompetenz und für mehr Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten aus. Patientenbeteiligung solle im Sinne der Selbstbestimmung in allen Bereichen der Telematik-Anwendungen und Telemedizin berücksichtigt werden. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn betonte: „Das Patientenwohl ist der entscheidende Maßstab für die Gesundheitspolitik.“

Die Gesundheitsministerkonferenz ist eine Fachministerkonferenz der Länder. Ihr gehören die Gesundheits-

ministerinnen und Gesundheitsminister sowie die Gesundheitssenatorinnen und Gesundheitssenatoren der Länder an. Der Bundesgesundheitsminister ist ständiger Gast der GMK. Der Vorsitz wechselt jährlich. Im kommenden Jahr wird Sachsen Vorsitzland. Schwerpunktthema wird dann die Digitalisierung im Gesundheitswesen sein. Die Beschlüsse der diesjährigen Gesundheitsministerkonferenz stehen auf der Homepage zur Verfügung.

www.gmkonline.de



Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der 91. Gesundheitsministerkonferenz